

Re-Nationalisierung und Versicherheitlichung der Wirtschaftspolitik: Zerreißprobe für die EU und die internationale Handelsordnung

Jens van Scherpenberg

Politikwissenschaftliche Krisenforscher haben einen neuen Begriff in die Welt gesetzt, der von den Medien begierig aufgegriffen worden ist: die „Polykrise“. Was sie ausdrücken soll: das Nebeneinander mehrerer jeweils für sich schon gravierender Krisen: Ukrainekrieg, Energiekrise, globale Lieferkettenprobleme aufgrund der Covid19-Epidemie in China, Inflation und Rezession in den westlichen Industriestaaten, zunehmende Deglobalisierungstendenzen und wachsender Protektionismus wichtiger Handelspartner wie der USA – die Liste ist offen. Zugleich soll dieser Begriff aber auch die Hilflosigkeit der Politik gegenüber diesem Ansturm mehrerer Krisen ausdrücken. Hilflosigkeit äußert sich in der Politik oft allerdings nicht im Nichtstun – das manchmal besser wäre –, sondern im Rückzug in die Sphäre, die sich kontrollieren lässt, die nationale Ebene, auf der es nunmehr vor allem um nationale Souveränität und Sicherheit geht. Opfer sind die reibungslosen internationalen Wirtschaftsbeziehungen, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten erfahren haben, und so manche bislang gut funktionierende zwischenstaatliche Strukturen und Institutionen, die diese Beziehungen regelten.

In der EU werden erneut die Mitgliedstaaten höchst unterschiedlich stark von dieser Verkettung von Krisen getroffen, aber staatliche Ressourcen zur Linderung der Not für Verbraucher und Unternehmen werden derzeit nicht gemeinschaftlich aufgebracht, sondern national, je nach der gegebenen Kreditmacht und Verschuldungsfhigkeit des einzelnen Mitgliedslandes. Die Schere zwischen wirtschaftlich starken und schwachen EU-Mitgliedern wächst damit weiter.

In den transatlantischen Beziehungen kommt es statt des Versuchs, das von Trump auf Eis gelegte umfassende Handelsabkommen TTIP zu reaktivieren, zu einem verstärkten Protektionsmus der USA. Die dort mit dem „Inflation Reduction Act“ bereitgestellten mehreren hundert Milliarden Dollar an Subventionen in alle Sektoren, die irgendwie zur Abmilderung des Klimawandels beitragen, sind an strikte „buy American“-Klauseln gebunden. Importe aus der EU unterliegen damit massiven Wettbewerbsnachteilen.

Dass diese Gesetzgebung gegen die Bestimmungen der Welthandelsordnung verstößt, ist faktisch bedeutungslos, da die USA durch die Blo-



Dr. Jens van Scherpenberg
Geschwister-Scholl-Institut für
Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München